

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

21.06.2021

Ausschussbetreuender Fachbereich

Soziale Stadtentwicklung

Schriftführung

Yvonne König

Telefon-Nr.

02202-142639

Niederschrift

Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach
3. Sitzung am Donnerstag, 27.05.2021

Sitzungsort

Spiegelsaal, Bürgerhaus Bergischer Löwe, Konrad-Adenauer-Platz 3, 51465 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr – 19:12 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

17:53 Uhr – 18:06 Uhr

Sitzungsteilnehmer

Siehe TOP Ö1

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Integrationsratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Integrationsrats am 08.04.2021 - öffentlicher Teil**
0294/2021
- 4 **Mitteilungen des Vorsitzenden**
- 5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 6 Bericht der Mitglieder aus den Ausschüssen**
- 7 Rückblick auf die Integrationsratswahl am 13.09.2020**
0293/2021
- 8 Der Integrationsrat 2014-2020: Projekte, Angebote und Maßnahmen**
0025/2021/1
- 9 Finanzielle Mittel des Integrationsrates sowie aus dem Integrationskonzept**
0026/2021/1
- 10 Verlängerung des Zuschusses zu den Bürokosten des MiKibU e.V.**
0303/2021
- 11 Erweiterung des Angebots „Kunstpädagogische Sprachförderung und Empowerment“ an der GGS An der Strunde**
0296/2021
- 12 Aufsuchende Hilfen Bergisch Gladbach Innenstadt - zukünftige Ausgestaltung und Berichte**
0264/2021
- 13 Grundsatzbeschluss zur Anmietung des in Planung befindlichen Wohnobjekts „Richard-Seiffert-Straße 13b“**
0481/2020/1
- 14 Information über die aktuelle Flüchtlingssituation in Bergisch Gladbach**
0278/2021
- 15 Anträge der Integrationsratsmitglieder**
- 16 Anfragen der Integrationsratsmitglieder**
0254/2021

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Integrationsratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, Herr Krasniqi, eröffnet die 3. Sitzung des Integrationsrats in der laufenden Wahlperiode und gibt die Namen der nicht anwesenden Ausschussmitglieder bekannt.

Herr Kalamenios wird von Herrn Ljura vertreten.

Anschließend stellt Herr Krasniqi die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Sodann wird Herr Ljura unter Verlesung des Verpflichtungstextes in feierlicher Form als Mitglied im Integrationsrat eingeführt und zu einer ordnungsgemäßen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben verpflichtet.

Teilnehmerverzeichnis:

Aufgrund der pandemischen Lage wurde kein Teilnehmerverzeichnis zur Unterschrift herungereicht, sondern die anwesenden Teilnehmer/innen von der Schriftführerin wie folgt erfasst:

Mitglieder:

Aghazadeh, Niloofar
Bhattacharjee, Michaela
Bochniczek, Michael
Celetta, Marina (ab 17:06 Uhr)
Dr. Mayer, Hartmut
Klupp, Martina (nicht anwesend von 17:07-17:10 Uhr)
Krasniqi, Kastriot
Opiela, Brigitta
Samirae, Frank (ab 17:16 Uhr)
Satler, Johanna (ab 17:18 Uhr)
Schacht, Rolf-Dieter
Schütz, Fabian
Stauer, Ute
Tollih, Redouan
von Berg, Gabriele
Yayla, Alperen
Ljura, Adnan

Verwaltung:

Tillmann, Uwe
Tomechna, Miriam
Mrziglod, Nicole
Dam, Luisa
König, Yvonne
Bodengesser, Frank

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Herr Schütz äußert seine Verwunderung darüber, dass die zuletzt versandte Niederschrift nicht unterschrieben ist. Auch merkt er an, dass in der Niederschrift auf Seite 11, insbesondere im 3ten und 4ten Absatz, Rechtschreibfehler enthalten sind.

Frau Tomechna (Verwaltung) und Herr Krasniqi informieren darüber, dass die unterzeichnete Niederschrift der Verwaltung vorliegt. Diese wird jedoch nicht nach außen weitergegeben.

Der Hinweis auf die Rechtschreibfehler wird durch die Verwaltung zur Kenntnis genommen und geprüft.

Die Niederschrift wird einstimmig bei einer Enthaltung genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Integrationsrats am 08.04.2021 - öffentlicher Teil 0294/2021

Herr Krasniqi erkundigt sich, ob es Fragen oder Anmerkungen zu dem Bericht der Verwaltung über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Integrationsrats vom 08.04.2021 gibt.

Dies ist nicht der Fall.

4. Mitteilungen des Vorsitzenden

Herr Krasniqi teilt mit, dass am 16.06.2021 die nächste Online-Veranstaltung des Integrationsrates stattfinden wird.

Hierzu wird das Kommunale Integrationszentrum des Rheinisch Bergischen Kreises eingeladen.

Es besteht die Möglichkeit, sich diesen Termin bereits zu notieren. Eine diesbezügliche Einladung für die Mitglieder wird zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Mitteilungen des Bürgermeisters liegen nicht vor.

6. Bericht der Mitglieder aus den Ausschüssen

Es wird festgestellt, dass Informationen zur Seniorenkulturwoche gegeben werden könnten. Da jedoch die Ansprechpartnerin Frau Dr. Bollen der Sitzung nicht beiwohnt, folgen schriftliche Informationen.

Frau Dam (Verwaltung) gibt bekannt, dass sich nach ihren derzeitigen Informationen eine Veranstaltung durch Frau Dr. Bollen sowie der Vorsitzenden des Seniorenbeirates in Planung befindet. Angedacht ist ein gemeinsamer Spaziergang an der Strunde entlang. Genauere Informationen werden folgen.

7. **Rückblick auf die Integrationsratswahl am 13.09.2020**
0293/2021

Herr Bodengesser (Verwaltung) bedankt sich für die Einladung.

Er stellt noch einmal kurz den zu den Unterlagen gereichten Rückblick auf die Integrationsratswahl vom 13.09.2020 vor und ergänzt diesen durch weitere Fakten.

Herr Bodengesser (Verwaltung) gibt an, dass viele neue Mitglieder in den Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach gewählt wurden.

Der Blick auf die gewählten Integrationsräte allgemein zeigt, dass die Mitglieder überwiegend aus dem Kontinent Europa stammen. Rund die Hälfte der Integrationsratsmitglieder sind Türken. Es wird kurz angemerkt, dass die Türkei auch zu dem Kontinent Europa gehört. Die übrigen Integrationsratsmitglieder stammen aus verschiedenen Ländern, jedoch überwiegend aus Europa.

Die Besetzung des Integrationsrates der Stadt Bergisch Gladbach ist bunt gemischt. Der überwiegende Teil der Mitglieder besitzt eine doppelte Staatsbürgerschaft.

Die Kandidatenprofile wurden in dieser Wahlperiode zunehmend häufig angeschaut, was die Neugierde und das Interesse der Wähler verdeutlicht.

Herr Bodengesser (Verwaltung) zeigt die Möglichkeit auf, künftig die Kandidatenprofile auch in die Wahlordnung mit einfließen zu lassen. Dies ist bei der Seniorenbeiratswahl bereits der Fall. Ein solcher Wunsch müsste jedoch durch den Integrationsrat formuliert und in Auftrag gegeben werden. Sollte dies nicht der Fall sein, bleibt die bisherige Vorgehensweise erst einmal bestehen. Bisher ist die Veröffentlichung der Kandidatenprofile auf freiwilliger Basis erfolgt. Sollten diese jedoch künftig in die Wahlordnung mit einfließen, ergibt sich hieraus eine gewisse Verbindlichkeit.

Im Anschluss wird über die Wahlauszählung berichtet sowie darüber, dass bei der Wahlprüfung 5 Einsprüche erhoben wurden, welche jedoch alle vom Wahlprüfungsausschuss abgewendet werden konnten.

Herr Bodengesser (Verwaltung) gibt bekannt, dass viele Stimmen bei der Wahl ungültig waren. Dies ist sehr schade. Er zeigt als Möglichkeit auf, dass dies zu einem großen Teil auch an der Briefwahl liegen kann. Hier könnte es - nach seiner Meinung - zu Verständnisschwierigkeiten gekommen sein, welche durch mehr Aufklärungsarbeit ggf. behoben werden können.

Bei den letzten Wahlen lag eine sehr hohe Anzahl von Briefwählern vor.

Herr Ljura fragt nach, welche Fehler überwiegend gemacht wurden. Dies kann Herr Bodengesser (Verwaltung) nicht beantworten, da die Fehler nicht ausgewertet wurden. Er gibt jedoch an, dass bei anderen Wahlen oftmals die fehlende Unterschrift dazu geführt hat, dass die Stimme ungültig war.

Herr Tollih informiert darüber, dass nach seinem persönlichen Eindruck weniger die Briefwahl fehlerhaft war, sondern vielmehr aus der Wahl am Sonntag viele ungültige Stimmen hervorgingen.

Dies prüft Herr Bodengesser (Verwaltung) in seinen Unterlagen und stimmt Herrn Tollih zu. Tatsächlich waren die ungültigen Stimmen bei der Wahl für den Integrationsrat überwiegend in den Urnen zu finden.

Frau Stauer regt an, einen Werbeclip für die nächsten Wahlen zu produzieren. Dieser sollte dann auf unterschiedlichen Kanälen sowie in den sozialen Medien gezeigt werden. Ihrer Meinung nach könnten auf diesem Wege die Wähler besser erreicht und aufgeklärt werden. Sie gibt an, dass so etwas in anderen Ländern gut funktioniert. Gerade die Wahlbeteiligung durch nicht so bildungsnahe Wähler möchte sie durch diese Maßnahme erreichen. Frau Stauer gibt an, dass so

ein Vorhaben nicht auf eigene Kosten realisiert werden kann und regt daher die Kooperation mit anderen Gremien an, da dies ja im Sinne aller sein sollte.

Herr Bodengesser (Verwaltung) informiert darüber, dass es auf der Seite des Bundeswahlleiter bereits Bilder sowie Videos zur Veranschaulichung gibt.

Frau Stauer hinterfragt, welche Zielgruppe denn gerade auf solche Seiten geht, um sich entsprechendes Material anzuschauen. Sie bezweifelt, dass die von ihr genannte Seite vom breiten Volk besucht und damit die von ihr genannte Zielgruppe gar nicht erreicht wird. Ihrer Meinung nach muss die Verteilung von entsprechendem Material menschnaher verbreitet werden.

Herr Krasniqi zeigt an, dass die Verwaltung diesen Hinweis sicherlich mitnehmen wird, jedoch die Kosten einer Information über das Fernsehen, sicherlich das Budget der Stadt Bergisch Gladbach überschreitet.

Frau Stauer weist noch einmal darauf hin, dass diese Kosten nicht durch die Stadt Bergisch Gladbach getragen werden sollen. Ihrer Meinung nach muss es vielmehr im Sinne der gesamten Bundesrepublik Deutschland sein, dass möglichst viele Menschen wählen gehen. Man müsse sich Gedanken machen, wie und durch welche Medien man die Leute besser erreicht.

Herr Bodengesser (Verwaltung) informiert darüber, dass in der Vergangenheit bereits eine Aufklärung in Schulen erfolgt ist. Es wurden dort auch Testwahlen durchgeführt. Im Ergebnis hat man als Feedback von dort mitgenommen, dass viele Schüler ohne diesen Testlauf wohl erst einmal nicht wählen gegangen wären, sich nach den Testwahlen aber sicherer fühlen und sich durchaus vorstellen können, doch wählen zu gehen. Die Kapazitäten für solche Aktionen sind allerdings sehr begrenzt. Auch wird immer – auf Nachfrage – Material zur Verfügung gestellt.

Frau Mrziglod (Verwaltung) gibt bekannt, dass nach Aussagen ihr gegenüber auch die lange Liste der Kandidaten dazu geführt hat, dass einige Wähler nicht nur eine Stimme abgegeben haben, wodurch der Stimmzettel dann ungültig wurde. Dieses Wissen muss zur Verbesserung bei der Aufklärung mit eingesetzt werden. Es besteht auch die Möglichkeit, in den Einrichtungen und Projekten der Stadt Aufklärungsarbeiten zu leisten. Dieses Zusatzangebot ist in der Vergangenheit schon einmal in Anspruch genommen worden. Gerade solche Projekte und Angebote in Bergisch Gladbach hält sie für extrem wichtig.

Herr Tollih stimmt Frau Mrziglod (Verwaltung) zu. Es ist ja auch Thema im Integrationskonzept wie man junge Menschen für Demokratie begeistert. Er verweist des Weiteren auf den Bericht des Landesintegrationsrates zur Landesintegrationswahl. Dieser beinhaltet eine Studie welche er als **Anlage** zur Niederschrift mit aufnehmen lassen möchte. (Anmerkung der Schriftführerin: Die digitale Version des Berichts ist unter folgendem Link abrufbar: https://landesintegrationsrat.nrw/pub/index.php?catalog=IR_Wahlen_2020. Um eine mögliche Verletzung des Urheberrechts zu vermeiden, sehen wir von einem Ausdruck des Berichts ab.)

Herr Tollih informiert begeistert darüber, in welchem Rahmen in den letzten 10 Jahren die Wahlbeteiligung gestiegen ist. Dies ist aus seiner Sicht ein Erfolg von Verwaltung, Politik und allen Beteiligten, die sich hier aufgestellt haben. Er führt weiter an, dass man sich natürlich noch viel mehr Beteiligung wünscht. Seiner Meinung nach muss der Bekanntheitsgrad des Integrationsrates gesteigert werden. Daher sollte für die Zukunft das Ziel sein, Strategien und Konzepte zu entwickeln, um dies zu erreichen.

Auch führt Herr Tollih an, dass es den möglichen Wählern einfacher gemacht werden muss, an den Wahlen teilzunehmen.

Frau Klupp weist an dieser Stelle auf das tolle Ergebnis der Stadt Bergisch Gladbach hin. Die Wahlbeteiligung in Bergisch Gladbach war höher als im Landesdurchschnitt.

Auch informiert Frau Klupp darüber, dass sie sich während den Wahlen in einem Wahlbüro engagiert hat und dort gerne potentielle Wähler auf eine ggf. mögliche Wahl für den Integrationsrat angesprochen hätte. Dies ist jedoch zuvor ausdrücklich untersagt worden. Es wird nach dem Grund hierfür gefragt.

Herr Bodengesser (Verwaltung) informiert, dass sämtliche Wahlhelfer neutral auftreten müssen. Dies ist nicht mehr gegeben, wenn man die Wähler direkt anspricht. Aus diesem Grund gibt es ganz klare Vorgaben, was gemacht werden darf und was nicht. Verstöße hiergegen werden auch immer gemeldet.

Frau Aghazadeh empfindet den Ablauf vor den Wahlen, gerade auch im Hinblick auf die Mitteilung einer möglichen Wahlberechtigung, als unorganisiert. Viele Menschen sind über den Integrationsrat gar nicht informiert. Bezüglich dieser Punkte sollte es Verbesserungen geben.

Herr Bodengesser (Verwaltung) informiert darüber, dass im letzten Jahr bereits mehr Wahlberechtigte informiert wurden. Dies liegt unter anderem daran, dass eine gute Zusammenarbeit mit dem Kreis erfolgt ist. Leider hat die Verwaltung keine Möglichkeit, weitere Daten einzufordern, aus denen sich weitere mögliche Wahlberechtigte ergeben. Hier ist man auf die freiwillige Zusammenarbeit mit dem Wahlbüro angewiesen.

Herr Tillmann (Verwaltung) meldet sich zu Wort und führt an, dass seine Abteilung sehr stark in die Vorbereitung der Wahlen des Integrationsrates involviert war. Die Kollegin Mrziglod (Verwaltung) und der zwischenzeitlich ausgeschiedene Kollege Graue (Verwaltung) haben über einen Zeitraum eines halben Jahres intensiv daran gearbeitet. Auch sei nach den Wahlen durch den Landesintegrationsrat deren Erstaunen über das Ergebnis der Integrationsratswahl mitgeteilt worden. Tatsächlich liegt Bergisch Gladbach auf der ersten Seite der Auflistung aller Kommunen, welche ein außergewöhnlich hohes Wahlergebnis erzielt haben. Herr Tillmann (Verwaltung) bringt sein Verständnis für die vorgebrachten Beiträge zum Ausdruck. Er möchte das Augenmerk jedoch noch einmal darauf lenken, dass man auf einem guten Weg ist und diesen mit viel Engagement weitergehen wird.

Herr Tollih bestätigt die Ausführung von Herrn Tillmann (Verwaltung). Er merkt an, dass die Arbeit gerade aufgrund der derzeitigen pandemischen Lage zusätzlich erschwert wurde. Für die Zukunft möchte er hinterfragen, wie es einige Kommunen schaffen, eine noch bessere Wahlbeteiligung zu erreichen. Dort müsse auch Bergisch Gladbach hin.

Frau Stauer verweist noch einmal auf die Möglichkeit, durch die Erstellung und Verbreitung von Videos etc. eine Verbesserung der Wahlbeteiligung zu erzielen. Man müsse die Leute begeistern.

Herr Bodengesser (Verwaltung) nimmt die Vorschläge und Anregungen mit. Er weist abschließend darauf hin, dass die Durchsetzung mancher Ideen eventuell schwer möglich sein könnte.

8. Der Integrationsrat 2014-2020: Projekte, Angebote und Maßnahmen *0025/2021/1*

Frau Mrziglod (Verwaltung) informiert kurz über den Inhalt und teilt mit, dass hiermit ein kurzer Einblick gegeben werden soll, welche Projekte, Angebote und Maßnahmen derzeit angeboten werden. Für Nachfragen steht sie gerne zur Verfügung.

Herr Schütz weist auf einen Rechtschreibfehler auf Seite 14 hin.

Weitere Wortmeldungen sind nicht gegeben.

9. **Finanzielle Mittel des Integrationsrates sowie aus dem Integrationskonzept**
0026/2021/1

Herr Tillmann (Verwaltung) stellt die finanziellen Mittel des Integrationsrates sowie aus dem Integrationskonzept vor und steht für weitere Fragen zur Verfügung.

Wortmeldungen sind nicht gegeben.

10. **Verlängerung des Zuschusses zu den Bürokosten des MiKibU e.V.**
0303/2021

Herr Krasniqi erklärt, dass es sich bei MiKibU um die Abkürzung für Migranten-Kinder bekommen Unterstützung handelt.

Im Anschluss informiert er darüber, dass der Beschluss über die Beteiligung des Integrationsrates bereits vom letzten Integrationsrat gefasst wurde. Durch die Verwaltung ist jedoch angeregt worden, sich mit diesem Thema im neuen Integrationsrat noch einmal auseinanderzusetzen und zu beschäftigen, um ein positives Signal für den MiKibU e.V. zu geben.

In dem Beschlussvorschlag geht es um maximal 300 € pro Monat. Herr Krasniqi klärt darüber auf, dass der Beschluss rückwirkend zu Januar diesen Jahres wirksam ist.

Herr Schütz möchte wissen aus welchem Topf Ö 10 und Ö 11 bezahlt werden. Herr Tillmann (Verwaltung) informiert darüber, dass die finanziellen Mittel hierfür aus dem Topf „Integrationskonzept“ genommen werden.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

MiKibU erhält zur Unterhaltung eines Büros für Mietkosten incl. Nebenkosten einen Zuschuss von maximal 300 € pro Monat.

Die Gesamtmittel in Höhe von 3.600 € pro Jahr werden aus Mitteln des Bereichs Integrationsmaßnahmen zur Verfügung gestellt.

11. **Erweiterung des Angebots „Kunstpädagogische Sprachförderung und Empowerment“ an der GGS An der Strunde**
0296/2021

Frau Mrziglod (Verwaltung) möchte das Projekt kurz erläutern.

Sie informiert darüber, dass dieses Projekt durch das Projekt „Fit in die Schule“ (FiSch) entstanden ist, welches an vielen Grundschulen in Bergisch Gladbach für den Übergang Kita – Grundschule angeboten wird. Diesbezüglich ist durch Schulen die Rückmeldung gekommen, dass weiterer Bedarf im Bereich der Kreativität vorhanden ist.

Durch diesen Beschluss soll die Möglichkeit geschaffen werden, noch eine zusätzliche Gruppe an der GGS An der Strunde zu schaffen.

Frau Stauer erkundigt sich nach der Qualifikation der Honorarkraft. Frau Mrziglod (Verwaltung) gibt bekannt, dass die dort eingesetzte Honorarkraft Künstlerin und Kulturpädagogin ist. Mit dieser Honorarkraft wird auch bereits seit vielen Jahren gearbeitet. Frau Mrziglod (Verwaltung) informiert darüber, dass es von großer Wichtigkeit ist, eine Honorarkraft aus dem kreativen Bereich zu engagieren.

Auf Nachfrage von Frau Stauer, Frau Opiela und Frau Aghazadeh teilt Frau Mrziglod (Verwaltung) mit, dass dieses Projekt lediglich an der GGS An der Strunde angeboten werden wird. Man muss schauen, ob auch andere Schulen an die Verwaltung herantreten und ähnliche Wünsche äußern.

Es muss jedoch individuell entschieden werden, mit was für einem Projekt man welcher Schule am besten helfen kann. Die Umsetzbarkeit von solchen Projekten muss immer wieder im Hinblick auf die Kosten und unter dem Aspekt, ob man eine passende Honorarkraft zur Verfügung hat, geprüft und entschieden werden. Grundsätzlich sind solche Projekte erst einmal für die Grundschulen gedacht. Die Gruppen für diese Projekte werden immer durch die Lehrkräfte der entsprechenden Schulen zusammengestellt.

Frau Mrziglod (Verwaltung) und Herr Tillmann (Verwaltung) zeigen die Vielfältigkeit der Angebote in unterschiedlichen Bereichen mit unterschiedlichen Zielgruppen auf.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Es wird beschlossen, zur Erweiterung des Angebots „Kunstpädagogische Sprachförderung und Empowerment“ an der GGS An der Strunde, Mittel aus dem Bereich der Umsetzung von Maßnahmen aus dem Integrationskonzept in Höhe von 1.140 € zur Verfügung zu stellen.

12. Aufsuchende Hilfen Bergisch Gladbach Innenstadt - zukünftige Ausgestaltung und Berichte *0264/2021*

Herr Krasniqi verweist auf die Vorlage.

Herr Schütz erkundigt sich über die Umsetzung bezüglich des Standortes, der Sanitäreinrichtungen, der Beleuchtung etc.

Herr Tillmann (Verwaltung) informiert darüber, dass viele Punkte noch nicht ganz klar ausgearbeitet sind. Man befindet sich hier noch in der Planungsphase.

Herr Tollih erklärt, dass es bei diesem Antrag nur darum geht, den Platz noch einmal durch die Politik genehmigen zu lassen. Eine weitere Ausarbeitung ist natürlich nötig. Als ganz wichtigen Punkt empfindet auch er die Sanitäreinrichtungen. Ebenso ist es ihm jedoch wichtig, dass hier passende Unterstellmöglichkeiten geschaffen werden. Dies ist gerade bei schlechtem Wetter und im Winter von großer Wichtigkeit.

Frau Stauer bestätigt die Ausführungen von Herrn Tollih. Sie hält es für wichtig, dass sich die Menschen nicht dorthin abgeschoben fühlen. Sie könnte sich auch schön gestaltete Container oder Bauwagen vorstellen.

Herr Tillmann (Verwaltung) verweist darauf, dass von den derzeit anwesenden Mitarbeitern der Verwaltung diese Vorlage nicht erstellt wurde, sondern lediglich vertreten wird.

Er unterstellt jedoch, dass eine Einrichtung entsteht, die sowohl für Nutzer, als auch Besucher und Vorbeifahrende keinen Anlass zur Beschwerde geben wird.

Herr Tollih bittet darum, dass die Verwaltung die Vorschläge und Anregungen des Integrationsrates mitnimmt. Nach erfolgter Planung möchte eine Vorstellung durch die Verwaltung erfolgen.

Auch Herr Schütz wünscht sich einen solchen Ablauf.

Frau Stauer regt an, die Betroffenengruppe - deren persönlichen Möglichkeiten entsprechend - in die Umsetzung des Projektes mit einzubeziehen.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die unter Punkt 6 der Sachdarstellung zusammengestellten Punkte werden beschlossen.

FB 5 wird beauftragt, den Platz für die Nutzung einzurichten.

13. Grundsatzbeschluss zur Anmietung des in Planung befindlichen Wohnobjekts „Richard-Seiffert-Straße 13b“
0481/2020/1

Herr Tillmann (Verwaltung) gibt den Hinweis, dass die Entscheidung diesbezüglich ja bereits im Dezember 2020 gefallen ist.

Bezüglich des Fortschreitens der Planung etc. kann Herr Tillmann (Verwaltung) keine genauen Angaben machen. Klar ist jedoch, dass es Wohnungen unterschiedlicher Ausprägung, aber eher kleiner und speziell für Einzelpersonen, geben wird. Grund hierfür ist, dass es sich um sozial geförderten Wohnraum handelt. Es können dort auch nur Personen einziehen, die einen Wohnberechtigungsschein haben.

Frau Opiela erkundigt sich, wie hoch die Miete sein wird und ob die Personen, nach Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, dort wohnen bleiben können. Auch fragt sie, ob dort eine Art betreutes Wohnen angeboten werden wird.

Herr Tillmann (Verwaltung) informiert darüber, dass dies vom Einzelfall abhängt. Sofern die Voraussetzungen für den Wohnberechtigungsschein nicht gegeben sind, ist es nicht möglich, dort einzuziehen. Ob eine Art betreutes Wohnen angeboten wird, kann Herr Tillmann (Verwaltung) jedoch derzeit noch nicht abschließend beantworten.

Frau von Berg gibt an, dass man an dieser Stelle klar differenzieren muss. Bei unterschiedlichen Unterbringungsvarianten sind auch unterschiedliche Kostenträger zuständig.

Herr Tollih möchte die Frage der Bezahlbarkeit mit Hilfe eines Rechenbeispiels mit auf den Weg geben.

Frau von Berg gibt daraufhin an, dass ein solches Angebot positiv bewertet wird. Auch sollte man es sehr begrüßen, dass die Stadt Bergisch Gladbach überhaupt ein solches Angebot durch einen privaten Investor bekommt.

14. Information über die aktuelle Flüchtlingssituation in Bergisch Gladbach
0278/2021

Herr Krasniqi informiert darüber, dass bisher Frau Tillmann (Verwaltung) mit dieser Aufgabe betraut war, diese jedoch künftig nicht mehr dafür zuständig sein wird. Grund hierfür ist, dass diese mit einem neuen Aufgabenbereich betraut wurde.

Er ist sich jedoch sicher, dass die Kollegen von der Verwaltung dafür sorgen, dass künftig alles ebenso gut aufbereitet wird.

Herr Tillmann (Verwaltung) informiert, dass sich die ermittelten Werte seit Ende März nur geringfügig verändert haben. Die Zahlen werden noch einmal genannt. Auch wird erwähnt, dass Ende August diesen Jahres zwei bisher von der Stadt angemietete Wohnungen fortfallen und hierdurch Personen untergebracht werden müssen.

Dies scheint derzeit ein problematischer Umstand zu sein. Die Wohnungen sind durch die Anmeldung von Eigenbedarf verloren gegangen.

Zusätzlich wird es zum Ende des Jahres zu einem Verlust der durch die RBS zur Verfügung gestellten Häuser in der Kolpingstraße kommen. Dies hat einen Verlust von weiteren Plätzen zur Folge. Man hofft jedoch, dass sich dieses Problem durch die Veränderung in anderen Wohnbereichen klären wird.

Das Thema Jakobstraße ist derzeit noch kein Problem, da der zeitliche Faktor zur Aufgabe noch unbestimmt ist.

Frau Stauer erkundigt sich nach den Kita-Plätzen für die Kinder aus diesen Familien. Herr Tillmann (Verwaltung) kann hierzu jedoch keine Angaben machen und wird dies noch recherchieren.

15. Anträge der Integrationsratsmitglieder

Herr Tollih trägt einen Antrag des Bündnisses für Vielfalt und Chancengleichheit sowie dem Integrationsratsmitglied Herr Yayla vor: „Die Verwaltung wird beauftragt, bis Mitte 2022 Alternativen und Optionen zu den Integrationsratswahlen aufzuzeigen mit dem Ziel einer Erhöhung der Wahlbeteiligung bei der nächsten Integrationsratswahl.“

Herr Tillmann (Verwaltung) teilt mit, dass die Verwaltung gerne ein Konzept erarbeite. Er gibt jedoch auch den Hinweis, dass seiner Meinung nach der Zeitpunkt bis Mitte 2022 zu früh gewählt sei, da die nächsten Wahlen erst 2025 stattfinden, und das Konzept dann zumindest in 2024 nochmals überarbeitet und aktualisiert werden müsste.

Herr Tollih erläutert, der Hintergrund des Antrags sei, dass ausreichend Vorlaufzeit bis zur nächsten Wahl vorhanden sei, da viel Öffentlichkeitsarbeit gemacht, und damit auch schon einige Zeit vor den Wahlen begonnen werden müsste.

Frau Mrziglod (Verwaltung) betont, dass die Verwaltung zwar ein Konzept erarbeiten könne, aber die beste Werbung für den Integrationsrat sei, gute Arbeit zu leisten und dadurch die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu gewinnen. Dies funktioniere am besten, wenn die Verwaltung nicht nur einseitig ein Konzept vorlege, sondern eine gute Zusammenarbeit herrschen würde.

Herr Tollih stimmt Frau Mrziglod zu und ergänzt, dass der Antrag darauf abziele, dass diese Thematik in den Fokus genommen und nicht vergessen wird.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig bei vier Enthaltungen)

Die Verwaltung wird beauftragt, bis Mitte 2022 Alternativen und Optionen zu den Integrationsratswahlen aufzuzeigen mit dem Ziel einer Erhöhung der Wahlbeteiligung bei der nächsten Integrationsratswahl.

16. Anfragen der Integrationsratsmitglieder
0254/2021

Frau Aghazadeh bittet um Auskunft, warum es im Wohnpark Bensberg kein Testzentrum gibt. Hier wohnen 2500 bis 3000 Personen. Zudem wird der Wohnpark - nach ihrer Kenntnis - als sozialer Brennpunkt gesehen.

Herr Tillmann (Verwaltung) informiert darüber, dass der Wohnpark Bensberg definitiv kein sozialer Brennpunkt ist. Er ist immer wieder erfreut darüber, dass die dortigen Deliktwerte unter dem Stadtdurchschnitt liegen. Warum es dort kein Testzentrum gibt, ist ihm jedoch nicht bekannt. Die Verwaltung nimmt diesen Hinweis mit, wird Kontakt mit dem mobilen Testzentrum aufnehmen und dort klären, ob die Möglichkeit besteht, den Wohnpark Bensberg turnusmäßig anzufahren.

Frau Celetta ist der Meinung, dass im näheren Umfeld zum Wohnpark Bensberg ausreichend Testzentren zur Verfügung stehen.

Herr Tollih bittet um Auskunft, warum die Integrationsratsmitglieder keinen Zugang zu dem Ratsinformationssystem besitzen.

Frau Tomechna (Verwaltung) informiert darüber, dass der Rat erst kürzlich eine Erweiterung der Digitalisierung beschlossen hat. Es werden nach und nach sämtliche Mitglieder darüber informiert und das diesbezügliche Interesse abgefragt. Es kann jedoch noch ein paar Wochen dauern, bis die Mitglieder des Integrationsrates bei der Abfrage an der Reihe sind.

Weitere Anfragen liegen nicht vor.

Herr Krasniqi schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:50 Uhr.

gez. Krasniqi
(Vorsitzender)

gez. König
(Schriftführerin)